

Lokale Ökonomie – eine zentrale Strategie für die Soziale Stadt

Bisherige Erfahrungen bei der Umsetzung des Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ (im Weiteren: Programm Soziale Stadt) zeigen, dass das Fehlen von Arbeitsplätzen und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie ein Mangel an Qualifikation und Ausbildung zentrale Probleme in den benachteiligten Quartieren darstellen.

Eine Umfrage in den Programmgebieten der Sozialen Stadt ergab, dass Maßnahmen zur Verbesserung der lokalen Beschäftigungssituation, zur Aus- und Weiterbildung, zur Stabilisierung und Gründung von Unternehmen sowie zur Förderung des Zweiten Arbeitsmarktes und des „Dritten Sektors“ (z.B. gemeinnütziger Organisationen wie Genossenschaften, Vereinen, Stiftungen usw.) eine große Rolle spielen. Die Hälfte der bisher in Modellgebieten für das Programm Soziale Stadt durchgeführten Themenkonferenzen war denn auch der Strategie „Lokale Ökonomie“ gewidmet: so in Flensburg-Neustadt (vgl. Bericht in info Nr. 4), in Hamburg-Altona/Lurup und in Kassel-Nordstadt (vgl. die Berichte in diesem Heft).

Die Strategie „Lokale Ökonomie“ ist auf arbeitsmarkt-, beschäftigungs-, struktur- und sozialpolitische Ziele gerichtet; mit ihr werden die Handlungsfelder „Lokale Wirtschaftsförderung“, „Beschäftigungsförderung und Qualifizierung/Ausbildung“ sowie „Soziale Ökonomie“ (im Sinne einer gemeinwohlbezogenen und sozial-integrativen Ökonomie) in einem sozialraumbezogenen Ansatz verbunden. Damit ergänzt dieses Konzept die „klassische“ Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, bei der strukturpolitische Maßnahmen lediglich indirekt – über den Standort der Unternehmen – räumlich ausgerichtet werden. Mit Ansätzen der Lokalen Ökonomie soll – die Potenziale und Bedürfnisse von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Betrieben vor Ort aufgreifend – die wirtschaftliche Entwicklung mittels kleinräumig

ansetzender Instrumente unterstützt werden.

Ergebnisse einer Untersuchung von Teilökonomien in Hamburg (Läpple/Deecke/Krüger 1994) haben die Bedeutung von lokal ausgerichteten Ansätzen bestätigt: demnach beeinflussen die „lokalen Milieus“ (historische und kulturelle Rahmenbedingungen) und die „lokalen Funktionscluster“ (Kooperationsbeziehungen zwischen den Betrieben) die quartierbezogene ökonomische Entwicklung ganz wesentlich. Auch ist deutlich geworden, dass die Beschäftigtenzahl gerade bei den örtlich orientierten Betrieben wächst.

Ansätze der Lokalen Ökonomie werden nicht nur im Rahmen des Programms Soziale Stadt, sondern beispielsweise auch im Programm „Lernende Region“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert. Die Europäische Kommission unterstützt die Beschäftigung vor Ort unter anderem durch „Territoriale Beschäftigungspakte“ und eine Reihe von Pilotvorhaben zum „Dritten System“ (in Deutschland als „Dritter Sektor“ bezeichnet). Eine Bündelung dieser Ansätze in Gebieten der Sozialen Stadt ist möglich und erhöht die Effektivität aller Programme.

Voraussetzungen für die Wirksamkeit der Strategie „Lokale Ökonomie“

Die Entwicklung und die Umsetzung integrierter Handlungskonzepte stehen im Zentrum des Programms Soziale Stadt; die Strategie „Lokale Ökonomie“ bildet hierbei einen wesentlichen Bestandteil. Die Verabschiedung eines solchen Handlungskonzepts und seine Fortschreibung durch den Rat der Stadt geben der Umsetzung einer integrativen Stadtteilentwicklung den nötigen politischen Rückhalt.

Sollen lokal-ökonomische Ansätze wirksam sein, müssen neben der politischen

Absicherung folgende Voraussetzungen vorliegen oder geschaffen werden:

- Die Ansätze sind in gesamtstädtische und regionale Strategien einzubinden, denn Beschäftigungs- und Wertschöpfungspotenziale sowie Wirtschaftskreisläufe machen nicht an Stadtteilgrenzen halt.
- Der Gebietszuschnitt muss für eine lokal-ökonomisch zukunftsfähige Entwicklung genügend positive wirtschaftliche Ansatzpunkte bieten.
- Das Quartiermanagement ist in Entwicklung und Umsetzung lokal-ökonomischer Ansätze unbedingt einzubeziehen, um ein ganzheitliches, abgestimmtes Vorgehen im Gebiet und die notwendige Verbindung zu Entscheidungsträgern und Kommunikations- und Koordinationsgremien aller lokal wirksamen Akteure zu gewährleisten.
- Es bedarf eines differenzierten Bestandswissens über die im Gebiet angesiedelten Betriebe als Grundlage für die integrierte Gebietsentwicklung. Daten sollten daher prozessbegleitend erhoben, aufbereitet, ergänzt und den verschiedenen Ebenen des Gebiets und der Gesamtstadt zur Verfügung gestellt werden; nur so lässt sich eine breite Verfügbarkeit der erhobenen Kennziffern, Aussagen und Einschätzungen im Gebiet gewährleisten.

Schwerpunkte der Strategie „Lokale Ökonomie“ liegen in den drei Handlungsfeldern „Lokale Wirtschaftsentwicklung und Existenzgründungsförderung“, „Beschäftigung und Qualifizierung“ sowie „Soziale Ökonomie“¹, die im Folgenden näher dargestellt werden.

Handlungsfeld „Lokale Wirtschaftsentwicklung und Existenzgründungsförderung“

Ortsansässige Unternehmen zu stärken und Unternehmensgründungen zu fördern, stabilisiert und erhöht die Zahl der Arbeitsplätze in den Gebieten, gewährleistet die Versorgung mit wesentlichen Gütern und Dienstleistungen und schafft oder erhält eine wettbewerbsfähige Unternehmensstruktur. Wohnortnahe Beschäftigung und Versorgung kommen besonders den

weniger mobilen und den auf niedrigschwellige Angebote angewiesenen Bevölkerungsgruppen zugute.

Sehr viel stärker als bisher geht es darum, sich mit Hilfe aufsuchender und individueller Beratung auf die Bedürfnisse der einzelnen Unternehmen und Existenzgründer einzulassen. Maßnahmen sollten unternehmensorientiert entwickelt und ihre Umsetzung fachlich begleitet werden. Zu ihnen gehören betriebsorientierte Seminare, Informationen über Programme der Wirtschaftsförderung und der Arbeitsmarktpolitik sowie Beratungsleistungen bei der Beantragung von Mitteln. Existenzgründer werden – auch über die Anfänge ihrer Selbständigkeit hinaus – gezielt unterstützt: durch Information über Fördermöglichkeiten, durch individuelle Motivierung und durch fachliches Training.

Mit dem Aufbau von Interessenvertretungen und Unternehmensnetzwerken im Gebiet lassen sich der Austausch von Erfahrungen und die gemeinsame Nutzung von Ressourcen fördern. Vor allem in Großsiedlungen sind die Wohnungsunternehmen wesentliche Akteure bei der sozialen und ökonomischen Entwicklung des Gebiets: indem sie Sozialarbeiter, Handwerkerteams oder Arbeitnehmer aus dem Stadtteil beschäftigen, nachbarschaftliche Aktivitäten initiieren und unterstützen, Mitbestimmung und die Übernahme von Verantwortung durch die Mieterinnen und Mieter (etwa bei der Pflege des Wohnumfelds und bei Pfortnerdiensten) fördern, kulturelle Aktivitäten finanzieren usw.

In Hamburg konnte durch eine *lokale Entwicklungsberatung für kleinere und mittlere Unternehmen* mit weniger als 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seit 1998 in den Stadtteilen St. Pauli und Ottensen ein Großteil der Betriebe in ihrer Entwicklung gefördert und in Netzwerke aktiv eingebunden werden. Der Verein Beschäftigung und Bildung e.V. als Träger der Maßnahme hat Quartier-Büros für die lokale Wirtschaftsentwicklung und kontinuierliche Kontakte zu den Unternehmen eingerichtet und so seine Präsenz und Ansprechbarkeit vor Ort sichergestellt. Kernbereiche

seiner Arbeit mit den Unternehmen waren neben der aufsuchenden Beratung und der Initiierung betrieblicher Netzwerke die Konzipierung betriebsbezogener Seminare, die vor Ort in den Quartier-Büros durchgeführt wurden, Fördermittelrecherchen und die Vermittlung von Kontakten zu Behörden und Banken. Für dieses Projekt wurden Mittel der EU-Gemeinschaftsinitiative ADAPT (jetziges Nachfolgeprogramm: EQUAL), des Europäischen Sozialfonds, der Hamburger Wirtschaftsbehörde, der Stadtentwicklungsbehörde und der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales gebündelt.



Handlungsfeld „Beschäftigung und Qualifizierung“

Mit Beschäftigungsförderung und Qualifizierungsmaßnahmen sollen die Arbeitsmarktchancen der Bewohnerinnen und Bewohner in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf erhöht werden, z.B. durch Ausbildung, vorübergehende Beschäftigung und gezielte Vermittlung. Zugleich wird hierdurch auch die lokale Wirtschaft stabilisiert: Quartiersbewohnerinnen und -bewohner, die in Arbeitsmarktprojekte eingebunden sind, tragen durch ihr höheres Einkommen zur Steigerung von Kaufkraft und Nachfrage im Stadtteil bei. Beschäftigungsförderung und Qualifizierung können mittels betrieblicher und außerbetrieblicher Initiativen sowie durch Kooperation von öffentlicher Hand

und Unternehmen im Stadtteil erfolgen. Dabei kommen grundsätzlich personen- und unternehmensbezogene Maßnahmen in Betracht. Während bei personenbezogenen Maßnahmen die Unterstützung der Fähigkeiten und Potenziale des Einzelnen im Vordergrund steht, sind unternehmensbezogene Maßnahmen am Bedarf der Unternehmen im Stadtteil ausgerichtet; Arbeit Suchende aus dem Gebiet werden dementsprechend gezielt qualifiziert. Bisherige Erfahrungen lokaler Beschäftigungsträger zeigen, wie wichtig eine Verbindung von personen- und unternehmensbezogenen Ansätzen für eine effekti-



ve und passgenaue Vermittlung ist, von der beide Seiten profitieren. So wird z.B. die EDV-Fortbildung einer festangestellten Sekretariatskraft ermöglicht, indem eine auf diese Tätigkeit vorbereitete Arbeitslose als Vertretung finanziert wird (Projekt „Jobrotation“ in Hamburg). Die Verknüpfung beider Ansätze erscheint zudem vor dem Hintergrund notwendig, dass die in der Regel kleineren Unternehmen in den benachteiligten Stadtteilen ihr Personal selten über Suchanzeigen in Tageszeitungen, vielmehr häufig über den Weg persönlicher Empfehlungen rekrutieren. Bewährt haben sich auch Kurse, in denen Bewerberinnen und Bewerber ihre fachlichen und sozialen Kompetenzen selbst ermitteln, und Kennenlern- oder Testphasen in kleineren Betrieben, die durch

Lohnkostenzuschüsse der Arbeits- oder Sozialverwaltung gefördert werden.

Vor spezielle Hürden sehen sich alleinerziehende Mütter und Väter, Migrantinnen und Migranten mit Sprach- und Qualifikationsproblemen, Langzeitarbeitslose und Jugendliche ohne Ausbildung gestellt. Hier greifen Instrumente zur Berufsorientierung und -vorbereitung, der Aufbau oder die Erweiterung von Lehr- und Ausbildungsstätten in Betrieben und gemeinnützigen Einrichtungen sowie Sprachkurse für Migranten. Das gebietsbezogen angelegte „Freiwillige Soziale Trainingsjahr“ (FSTJ) ist beispielsweise ein wichtiger Baustein im Bereich der Berufsorientierung und -vorbereitung für Jugendliche. Den Kern des FSTJ bildet die Verbindung von Arbeitserfahrungen mit attraktiven Qualifizierungsbausteinen. Diese vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ entwickelte jugendpolitische Maßnahme ergänzt das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt und bietet Jugendlichen in besonderen Lebenslagen maßgeschneiderte Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf.

Von wesentlicher Bedeutung ist die Verknüpfung von lokalen Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten mit der Umsetzung des stadtteilbezogenen integrierten Handlungskonzepts. Die Vernetzung von Arbeitsmarktpolitik mit gesellschaftlich sinnvollen Handlungsfeldern führt nicht nur zu spürbaren Verbesserungen im Quartier; die unmittelbare Tätigkeit für den Stadtteil führt bei den an Maßnahmen und Projekten Teilnehmenden auch zu einer stärkeren Identifizierung mit ihrer Arbeit und ihrem Stadtteil. Besonders der investive städtebauliche Bereich bietet Möglichkeiten, Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte mit konkreten Umsetzungsmaßnahmen zu verbinden: Entsiegelung, Begrünung und Neugestaltung öffentlicher und privater Flächen, Anlage von Spielplätzen, Gestaltung von Brachflächen, Bau von Radwegen und vieles mehr. Aber auch nicht-investive Maßnahmen im

Stadtteil, z.B. im Bereich der Kinder- und Jugendbetreuung, der Sport- und Kulturangebote, können mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten gekoppelt werden.

Die Vermittlung Arbeit Suchender erfolgt allerdings in der Regel personen- und nicht gebietsbezogen. Um bei der Zuweisung zu lokalen Beschäftigungsmaßnahmen vorrangig Arbeitslose aus den benachteiligten Stadtteilen zu berücksichtigen, bedarf es lokal differenzierender Arbeitslosendaten; diese bereitzustellen, ist zwar grundsätzlich möglich, aber noch recht aufwendig.

Um die Finanzmittel effektiv und an den Bedürfnissen der betroffenen Personen orientiert einzusetzen, hat es sich bewährt, die Aktivitäten der Arbeits- und Sozialverwaltung zu bündeln, z.B. durch die Bildung gemeinsamer Anlauf- und Beratungsstellen. Die Möglichkeiten des Finanzierungsmixes für Doppelbezieher (Arbeitslosen- und Sozialhilfe) werden bereits von vielen Ämtern genutzt, indem beispielsweise Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger an vom Arbeitsamt getragenen Maßnahmen teilnehmen, der Lebensunterhalt aber weiterhin vom Sozialamt finanziert wird. Für gemeinsame Projekte der Arbeits- und Sozialverwaltung können seitens der Arbeitsverwaltung auch Mittel der Freien Förderung nach § 10 SGB III eingesetzt werden.

Aufgrund der Förderbestimmungen sind von der Arbeits- und Sozialverwaltung finanzierte Beschäftigungsmaßnahmen zeitlich begrenzt und unterliegen zum größten Teil dem Erfordernis der Zusatzlichkeit. Diese Einschränkungen führen zu Schwierigkeiten bei der Verwirklichung mittelfristiger Beschäftigungsziele. Notwendig erscheint es daher, stärker als bislang die Ausgründung erwerbswirtschaftlich tätiger Beschäftigungsbetriebe in Erwägung

zu ziehen, um eine teilweise Ausrichtung am Markt und damit größere Unabhängigkeit der Beschäftigungsträger zu erreichen. Finanzielle Grundlage für solche Betriebe können beispielsweise die im Rahmen komplexer Stadterneuerungsprozesse mittel- bis langfristig verfügbaren Fördermittel sein.

Rund 70 Arbeitsplätze konnten durch die lokal-ökonomische Strategie der *Genossenschaft am Beutelweg in Trier-Nord* im Rahmen eines integrativen Sanierungsprojekts geschaffen werden. In dem Gründerzeit- und Konversionsgebiet mit ehemals preußischen Kasernen, die seit den 40er-Jahren im Reichs- und Bundesbesitz sind, leben rund 3 600 Menschen. Der Erneuerungsprozess begann mit der Gründung des bewohnergetragenen Bürgerhauses 1983. Auf Initiative von Bürgerinnen und Bürgern wurde 1991 die Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg eG gegründet, bei der Bewohnerinnen und Bewohner mit einem Anteilsbetrag von je 100 DM ihre Wohnungen in genossenschaftliches Eigentum übernehmen konnten. Das integrative Sanierungskonzept beruht auf drei Säulen, die in jedem Einzelprojekt zum Tragen kommen: Wohnungsmodernisierung, Arbeit und Selbsthilfe (als Teil des Finanzierungsmodells). Die Genossenschaft hat mittlerweile zwei marktwirtschaftlich orientierte Tochterge-



sellschaften ausgegründet, nämlich die Haus-Verwaltungs- und Sanierungs-GmbH (HVS) und die Wohnungswirtschaftliche Service Gesellschaft GmbH. Beide zielen auf die Reintegration von Langzeitarbeitslosen und die berufliche Qualifizierung im Quartier ab.

Die Sanierung erfolgte im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus des rheinland-pfälzischen Finanzministeriums; die Bewohnereigenleistung betrug rund 20 Prozent. Nach Aufnahme des Gebiets in das Programm Soziale Stadt im Jahr 2000 wird derzeit zur Abstützung der lokal-ökonomischen Strategie ein Stadtteilmanagement eingerichtet, das die bisherigen Ansätze im Hinblick auf neue lokale Beschäftigung, Qualifikation und auf langfristig selbsttragende Strukturen weiterentwickelt. Neben Sanierungs- und Wohnumfeldarbeiten sind der Bau und die Erweiterung von Spielplätzen, der Aufbau eines Multimediazentrums als Lern-, Qualifizierungs- und Fortbildungseinrichtung sowie die Erweiterung der Kinder- und Jugendarbeit Ziele der Stadtteilentwicklung.

Handlungsfeld „Soziale Ökonomie“

Ziel der Sozialen Ökonomie oder des Dritten Sektors ist es, neue „soziale Unternehmen“ zu entwickeln; diese sollen vor allem lokal nachgefragte Dienstleistungen anbieten, die über den Markt nicht bereitgestellt werden können. Beispiele hierfür sind gemeinwesenbezogene Stadtteilbetriebe, Stadtteilservices, hauswirtschaftliche Dienstleistungsagenturen, Schulküchen sowie Stadtteil- und Kulturcafés. Projekte der Sozialen Ökonomie, die gleichermaßen soziale, gemeinwesenorientierte und ökonomische Ziele verfolgen, sind besonders geeignet, Einkommens- und Arbeitsmöglichkeiten für gering qualifizierte Personengruppen zu schaffen. Sie ergänzen überdies die soziale und kulturelle Infrastruktur sowie das lokale Angebot an Waren, an personen-, haushalts- und gemeinwesenbezogenen Dienstleistungen im Gebiet. Für den Erfolg dieser Projekte ausschlaggebend sind vor allem ihre Einbettung in den Stadtteil und ihre Ausrichtung am lokalen Bedarf. Da dieser

Bereich kaum vollständig zu professionalisieren ist, kommt der freiwilligen Arbeit hier eine wesentliche Bedeutung zu. Diese Arbeitsform im Stadtteil trägt dazu bei, die notwendige Qualifikation und das Selbstbewusstsein für eine Tätigkeit im ersten Arbeitsmarkt zu erwerben. Um Marginalisierungen zu vermeiden, sind allerdings flexible Übergänge zwischen freiwilliger und professioneller Arbeit zu schaffen.



Durch eine beispielhafte Strategie zur Beschäftigung vor allem von Frauen im Handlungsfeld „Soziale Ökonomie“ konnten im thüringischen *Großbreitenbach* bis heute über 30 Projekte mit knapp 100 Mitarbeiterinnen initiiert und umgesetzt werden. In dem Stadtteil mit etwa 3 300 Menschen gründete sich im Jahre 1992 die Frauengruppe *Großbreitenbach e.V.*, um nach neuen Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu suchen. Aus einer Ideenkonferenz heraus entstand das *Frauenbeschäftigungsprojekt „GBF-promotion“* mit anfangs 30 Mitarbeiterinnen. Erste soziale Vorhaben beinhalteten die Hauswirtschaftspflege, das Frauen- und Familienzentrum, das Jugendzentrum und den Seniorenclub Altenfeld. Sie wurden im Laufe der Zeit um etliche Projekte ergänzt: die Frauenzeitung *ISA*, die Kontaktstelle „Hyperaktives Kind“ sowie „women on the web“, eine Internetfirma, die touristische Dienstleistungen anbietet. Im Mittelpunkt steht die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen, die im Bereich der Vernetzung einzelner Projekte und bestimmter Interessengruppen als aussichtsreich ausgemacht wurden. Das „Haus für Alle“ – eine Begegnungsstätte für Jugendarbeit, Seniorenbetreuung und Fraueninitiativen – vereint die Kräfte zu einer bedeutsamen kommunalen Institution. In der Begrün-

dung zur Verleihung des Preises „Soziale Stadt 2000“ an dieses Projekt heißt es, dass „die Abwanderung vor allem junger Menschen gedämpft und Ortsidentität neugeschaffen“ werden konnten.

Umfassende lokal-ökonomische Strategien

Die aufgeführten Beispiele zu den drei Handlungsfeldern zeigen, dass die erfolg-

reichen Projektansätze häufig auf mehrere Ziele ausgerichtet sind. Darüber hinaus erscheinen jene Vorhaben bemerkenswert, bei denen verschiedene Politikbereiche in einer umfassenden lokal-ökonomischen Strategie verbunden werden. Dies betrifft zum einen die Verknüpfung der unterschiedlichen öko-

nomischen Handlungsfelder, zum anderen jene von baulich-räumlichen mit beschäftigungs- und strukturpolitischen Maßnahmen. Solche Verbindungen kommen beispielsweise bei Wohnumfeld- oder Reparaturaktivitäten, die mit Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen gekoppelt sind, oder bei der Nutzungsergänzung in Wohngebieten unter anderem durch Umnutzung bestehender Gebäude und Räume zum Tragen.

In *Berlin Neukölln* wurden auf Initiative von Bezirkspolitikerinnen und -politikern bereits 1994 Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft, der Gewerkschaften, von Verbänden und aus der Verwaltung an einem Tisch versammelt, um Strategien zur Standortsicherung, zur Beschäftigungs- und Ausbildungsförderung für den Bezirk zu diskutieren (siehe www.pakte.de). Ein erstes Ergebnis waren die Wirtschafts- und Handwerkertage, ausgerichtet vom 1996 eigens hierfür geschaffenen Verein Wirtschaft und Arbeit. Im Jahr 2000 hatte der Verein bereits 60 Mitglieder, darunter Freiberufler und Arbeitsgemeinschaften. Das Gros bilden kleine und mittelständische Unternehmen, doch sind auch Firmen wie die Deutsche Telekom AG und die Wohnungsgesellschaft Stadt und Land beteiligt.

Der Verein ist Träger des Territorialen Beschäftigungspaktes Neukölln, eines von der Europäischen Union initiierten Instruments auf lokaler und regionaler Ebene zur Förderung und Sicherung von Beschäftigung durch lokale Partnerschaften. Im Jahr 2000 gab es 90 Standorte in Europa, neun davon in Deutschland. 1998 wurde ein Büro vor Ort eingerichtet, das verschiedene Serviceleistungen zur Beschäftigungsförderung im Stadtteil anbietet. Durch die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union konnte der Verein zehn Vorhaben verwirklichen, darunter das Projekt „Soziale Stadtteilentwicklung“, mit dem Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger in Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden, ein „Ausbildungsnetzwerk“ mit zwei Mitarbeitern, die Ausbildungsplätze bei Unternehmen ausfindig machen und dabei ihr besonderes Augenmerk auf türkische Firmen richten, sowie das Projekt „Gründerzeit“ zur Starthilfe für junge Unternehmen.

Der Verein berät die Firmen, unterstützt die Weiterbildung und bietet einen Überblick über die verschiedenen Fördertöpfe. Jährlich wird ein Preis für besonders vielversprechende Neugründungen vergeben. „Challenge“ und „Konvoi Neukölln“ beschäftigen sich speziell mit den Problemen kleiner und mittelständischer Unternehmen. „Challenge“ berät Unternehmen und schult Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Seminare und Praktika in anderen Firmen. Dem „Konvoi“ können sich Unternehmen anschließen, die ihre Anlagen und Verfahren auf Umweltverträglichkeit prüfen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend schulen lassen wollen.

Darüber hinaus unterstützt der Verein ein Frauenwirtschaftszentrum und baut eine Börse für Gewerbeflächen im Internet auf; außerdem wurden Maßnahmen im Rahmen von Vergabe-ABM/SAM durchgeführt, bei denen in Zusammenarbeit mit der Wohnungsbaugesellschaft Arbeitslose im Grünbereich zur Wohnumfeldverbesserung eingesetzt werden. Bisher ist es dem Verein gelungen, in Neukölln mehr als 420 Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen.

Ein zweites Beispiel für eine breite und heterogene Vernetzungsstruktur bietet die lokal-ökonomische Strategie in *Duisburg-Marxloh* (siehe www.lokaleoekonomie.de). In diesem gründerzeitlichen, stark von der Montanindustrie geprägten Stadtteil, der seit Ende der 70er-Jahre einem kontinuierlichen Strukturwandel unterliegt, war die altindustrielle Wirtschaftsbasis weggebrochen. Die Arbeitslosigkeit stieg, und während die ursprüngliche Bevölkerung immer weiter abnahm, zogen viele ausländische Bürgerinnen und Bürger in das Viertel. 1993 wurde Duisburg-Marxloh deshalb in das ressortübergreifende Stadterneuerungsprogramm aufgenommen. 1994 erfolgte der offizielle Startschuss zum Projekt Marxloh durch Ratsbeschluss, 1995 die Aufnahme des Gebiets in die EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN.

Anfang 1996 wurde das Büro für Wirtschaftsentwicklung der EG DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH (Ausgründung der Stadt Duisburg) eingerichtet; zu seinen Aufgaben zählte, die Beschäftigungs- und Versorgungssituation in Marxloh zu verbessern, Abwanderungen und Kaufkraftabflüsse zu stoppen und die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit dem Gebiet sowie deren Aktivitäten im Quartier zu fördern. Seit 1999 ist das Büro für die Steuerung der Stadtteilentwicklung zuständig und als Sanierungsträger vor Ort tätig. Es dient als Anlaufstelle für Investoren und Unternehmen, informiert, berät und koordiniert die lokalwirtschaftlichen Aktivitäten. Einige Erfolge können bereits verbucht werden, etwa die Stabilisierung des Gewerbebestands, Existenzgründungen und die Initiierung von Netzwerken: Deutsche Einzelhändler haben sich zum Beispiel im Werbering Marxloh zusammengeschlossen, türkische Gewerbetreibende im „TIAD“.

Der multikulturellen Situation wurde beispielsweise dadurch Rechnung getragen, dass ein türkischer Mitarbeiter und eine deutsche Mitarbeiterin für die Leitung des Büros angestellt wurden. Die Vernetzung im Stadtteil wird durch eine Stadtteilkonferenz aus rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sichergestellt, in der mehrere

Stadtteilorganisationen und auch Bewohnerinnen und Bewohner vertreten sind.

Die lokal-ökonomische Strategie wird in Marxloh ergänzt durch ein Stadtmonitoring (regelmäßige Bürgerumfragen), dessen Ergebnisse in die Arbeit vor Ort einfließen. Inzwischen gilt Marxloh als ein „Klassiker“ integrierter Stadtteilentwicklung. Dennoch bewegten sich die Beteiligten bislang – angesichts der komplexen Akteursstruktur und der sich wandelnden Förderansätze durchaus verständlich – auf einem ständigen Experimentierfeld.

Ausblick

Die Stärkung der Lokalen Ökonomie ist wesentliche Grundlage für die Entwicklung von tragfähigen Strukturen in den Stadtteilen der Sozialen Stadt: zum einen durch die Herausbildung von Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen bei den Bewohnerinnen und Bewohnern, die im Zuge von deren Integration in die Ökonomie des Stadtteils entstehen, zum anderen durch die Stärkung von Kaufkraft und Nachfrage, die den Betrieben im Quartier zugute kommen. Um Projekte und Maßnahmen durch- und umzusetzen, die an mehreren Zielen ausgerichtet sind, bedarf es nicht nur eines langen Atems; besonders wichtig sind auch das Zusammenspiel und die Vernetzung der Akteure, z.B. aus den Bereichen der Wirtschafts- und Stadtteilentwicklung, aus Initiativen, Betrieben und Schulen im Stadtteil. Daneben bilden die Verknüpfung unterschiedlicher Politikbereiche und die Einbettung der quartierbezogenen Entwicklungskonzepte in gesamtstädtische und regionale Entwicklungsstrategien wichtige Voraussetzungen dafür, lokal-ökonomische Ansätze erfolgreich umzusetzen.

Cathy Cramer ■ Difu

Jan Behrens ■
Freie und Hansestadt Hamburg
E-Mail: jan-behrens@gmx.de

Fotos: Wolf-Christian Strauss

Anmerkung

1 Die Handlungsfelder wurden auch durch das Europäische Projekt „ELSESES – Evaluation of Socio-economic Strategies in Disadvantaged Urban Areas“ bestätigt, an dem das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Stadtteil Duisburg-Marxloh beteiligt war.

Literaturhinweise

BBJ Servis, Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten. Zugänge zu Arbeit und Beruf. Handlungsleitfaden, Berlin 2000.

Bertelsmann Stiftung, Beschäftigungsorientierte Sozialpolitik in Kommunen: Strategien zur Integration von Sozialhilfeempfängern in das Erwerbsleben, Gütersloh 1999.

Bertelsmann Stiftung, Kooperation statt Konkurrenz. Studie über die Zusammenarbeit von Arbeits- und Sozialämtern, Gütersloh 2000.

Beschäftigung und Bildung e.V., „Nur der Wandel hat Bestand“. Entwicklungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen im Kontext lokaler Wirtschaftsentwicklung. Projekt-Dokumentation 1998-2000, Hamburg 2000 (siehe auch www.bb-ev.de).

Birkhölzer, Karl, Lokale Ökonomie zwischen Marginalisierung und zukunftsweisender Wirtschaftsweise, in: Interdisziplinäres Forschungsprojekt Lokale Ökonomie (Hrsg.), Lokale Ökonomie. Beschäftigungs- und Strukturpolitik in Krisenregionen. Ein internationales Symposium, Berlin 1994.

Elsen, Susanne, Gemeinwesenökonomie – eine Antwort auf Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung?, Neuwied 1998.

Henckel, Dietrich u.a., Zukunft der Arbeit in der Stadt, Stuttgart u.a. 1999 (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 92).

Hogeforster, Jürgen, Von bezahlten Stadstreichern und urbanen Narren. Möglichkeiten zur Belebung der Stadtökonomie, in: STEG Hamburg (Hrsg.), Forum Stadterneuerung. Quartiere entwickeln statt erneuern, Hamburg 1996, S. 127-135.

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS), Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund 2000.

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS), Lokale Ökonomie und Wirtschaftsförderung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund 1997.

Kraheek, Nicole (Hrsg.), Verbesserung der beruflichen Chancen von Mädchen und jungen Frauen, München 2001 (Praxismodelle, Band 6).

Läpple, Dieter, und Gerd Walter, Im Stadtteil arbeiten. Beschäftigungswirkungen wohnungsnaher Betriebe, Hamburg 2000.

Läpple, Dieter, Helmut Deecke und Thomas Krüger, Strukturentwicklung und Zukunftsperspektiven der Hamburger Wirtschaft unter räumlichen Gesichtspunkten – Clusterstruktur und Szenarien, Hamburg 1994.

Lokale Ökonomie, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, Heft 5/6 (2001) (Themenheft).

Menze, Axel, und Jürgen Oßenbrügge, Präventive Arbeitsmarktpolitik für Hamburg. Analyse arbeitsmarktrelevanter Entwicklungen und Handlungsvorschläge in lokalräumlicher Differenzierung, Universität Hamburg, Institut für Geographie, Hamburg 2000.

Schreiber, Elke, und Kerstin Schreier (Hrsg.), Praxismodelle zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen: Die Preisträger des Wettbewerbs „Fit für Leben und Arbeit“, München 2000.

Schroedter, Elisabeth, Die Beschäftigung vor Ort fördern. Eine Lokale Dimension der europäischen Beschäftigungsstrategie, in: Alternative Kommunalpolitik (AKP), Heft 5 (2000), S. 60-61.

Weck, Sabine, Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung in der integrierten Stadterneuerung, in: Jahrbuch Stadterneuerung 2000, Berlin 2000, S. 175-188.

Weck, Sabine, Das ELSESES-Projekt: Reichweite und Relevanz stadtteilbezogener sozio-ökonomischer Entwicklungsstrategien, in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) Lokale sozio-ökonomische Strategien in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund 2000, S. 42-54.